

	Vergabenummer	
	<b>BauR H-11182-2024</b>	
Baumaßnahme <b>Grundschule und Haus für Kinder Oberföhringer Straße, Neubau und Erweiterung          Oberföhringer Straße 224</b>		
Leistung <b>Lieferung und Montage von Einbausportgeräten</b>		

**BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN**

<b>1.</b>	<b>Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)</b>	
1.1	Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (= Ausführungsfristen) Mit der Ausführung ist zu beginnen	
	<input type="checkbox"/>	am
	<input type="checkbox"/>	spätestens                      Werktagen nach Zugang des Auftragsschreibens.
	<input type="checkbox"/>	in der                      KW                      , spätestens am letzten Werktag dieser KW.
	<input checked="" type="checkbox"/>	innerhalb von 12 Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§ 5 Abs. 2 Satz 2 VOB/B); die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zum <b>09.12.2024</b> zugehen; Ihr Auskunftsrecht gemäß § 5 Abs. 2 Satz 1 VOB/B bleibt hiervon unberührt.
	<input type="checkbox"/>	nach der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Frist für den Ausführungsbeginn.
	Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen)	
	<input type="checkbox"/>	am
	<input checked="" type="checkbox"/>	innerhalb von <b>5</b> Werktagen nach vorstehend angekreuzter Frist für den Ausführungsbeginn.
	<input type="checkbox"/>	in der                      KW                      , spätestens am letzten Werktag dieser KW.
	<input type="checkbox"/>	in der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.
1.2	Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Abs. 1 VOB/B sind:	
	<input checked="" type="checkbox"/>	vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn
	<input checked="" type="checkbox"/>	vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung
	<input type="checkbox"/>	folgende als Vertragsfrist vereinbarte Einzelfristen
	<input type="checkbox"/>	aus dem beigefügten Bauzeitenplan:
	<input type="checkbox"/>	

<b>2</b>	<b>Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B)</b> Der Auftragnehmer hat bei Überschreitung der unter 1. als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen oder der Frist für die Vollendung als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:		
2.1	<input type="checkbox"/>		€ (ohne Umsatzsteuer)
	<input type="checkbox"/>		Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme ohne Umsatzsteuer; Beträge für angebotene Instandhaltungsleistungen bleiben unberücksichtigt. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist der Teil dieser Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.
2.2	Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt      Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den in Satz 1 genannten Prozentsatz des Teils des Auftragssumme begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.		
2.3	Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.		

<b>3</b>	<b>Zahlung (§ 16 VOB/B)</b>		
	Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gemäß § 16 Abs. 5 Nr. 3 VOB/B verlängert auf Tage.		

<b>4</b>	<b>Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B)</b>		
	<input checked="" type="checkbox"/>	Auf Sicherheit für die Vertragserfüllung wird verzichtet	
	<input type="checkbox"/>	Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von      Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten.	

<b>5</b>	<b>Sicherheitsleistung für Mängelansprüche (§ 17 VOB/B)</b>		
	<input type="checkbox"/>	Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt      Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme).	
		Rückgabezeitpunkt für eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche (§ 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B):	
	<input type="checkbox"/>	Nach Ablauf der Verjährungsfrist für die Mängelansprüche. Soweit zu diesem Zeitpunkt die geltend gemachten Mängelansprüche des Auftraggebers noch nicht erfüllt sind, darf er einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten.	
	<input type="checkbox"/>		
	<input checked="" type="checkbox"/>	Auf Sicherheit für Mängelansprüche wird verzichtet	

<b>6</b>	<b>Bürgschaften</b>		
	Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden oder die Bürgschaftserklärung muss vollständig den Formblättern des Auftraggebers entsprechen, und zwar für		
	- die Vertragserfüllung das Formblatt	„Vertragserfüllungsbürgschaft“	
	- die Mängelansprüche das Formblatt	„Mängelanspruchsbürgschaft“	
	- vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gem. § 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 VOB/B das Formblatt	„Abschlagszahlung-/ Vorauszahlungsbürgschaft“	

<b>7</b>	<b>Technische Spezifikationen</b>
	Soweit im Leistungsverzeichnis auf Technische Spezifikationen (z. B. Nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Bewertungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: „oder gleichwertig“, immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.
<b>8</b>	<b>Werbung</b>
	Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.
<b>9</b>	<b>Sicherung der Mindestlohnspflichten</b>
	<p>Mindestlohnspflichten bestehen in der Baubranche aufgrund der geltenden allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge und aufgrund des Mindestlohngesetzes (MiLoG). Danach ist der Auftragnehmer verpflichtet, den zur Erfüllung seiner Vertragsleistungen eingesetzten eigenen Arbeitskräften tarifliche bzw. gesetzliche Mindestlöhne zu gewähren.</p> <p>Daneben haftet der Auftragnehmer gemäß Arbeitnehmerentsendegesetz bzw. Mindestlohngesetz dafür, dass auch den auf seiner Baustelle von Nachunternehmern eingesetzten Arbeitskräften der Mindestlohn vergütet wird.</p> <p>Erhalten Arbeitskräfte, die zur Erfüllung von Vertragsleistungen des Auftragnehmers eingesetzt sind, für tatsächlich geleistete Arbeit den ihnen nach den vorstehenden Bestimmungen zustehenden Lohn nicht, nicht vollständig oder nicht termingerecht, so hat der Auftragnehmer als sofort fällige Pflicht gegenüber dem Auftraggeber an alle betroffenen Arbeitskräfte die vorenthaltenen Löhne zu zahlen. Der Auftragnehmer hat die erforderlichen Kosten für Dolmetscherdienste sowie für anwaltliche Betreuung der betroffenen Arbeitskräfte zu erstatten und übliche Vorschüsse zu leisten.</p> <p>Bei begründetem Verdacht von Verstößen gegen die Mindestlohnspflichten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber nachzuweisen, dass alle Arbeitskräfte den ihnen zustehenden Mindestlohn auch tatsächlich erhalten haben; dies kann z.B. durch Testat eines Wirtschaftsprüfers erfolgen. Bis zum Nachweis der vollständigen Erfüllung der Mindestlohnspflichten ist der Auftraggeber berechtigt, fällige Zahlungen bis zu 5 % der Auftragssumme zurückzubehalten.</p>
<b>10</b>	<b>Verwendung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln</b>
	<input checked="" type="checkbox"/> Die Verwendung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Rahmen der Leistungserbringung ist verboten.
<b>11</b>	<b>Diskriminierungsschutzklausel</b>
11.1	Das beauftragte Unternehmen hat sich bei der Ausführung des Auftrags jeglicher diskriminierender, insbesondere sexistischer und rassistischer Äußerungen durch Wort, Ton, Schrift oder Bild zu enthalten. Dies gilt insbesondere für sämtliche Formen der Werbung auf städtischen Baustellen. Auf die hierzu erstellten Grundregeln des deutschen Werberates, den Leitfaden zum Werbekodex ( <a href="http://www.werberat.de/werbekodex">www.werberat.de/werbekodex</a> ) und die im Stadtratsbeschluss vom 04.10.2018 ( <a href="http://www.ris-muenchen.de">www.ris-muenchen.de</a> ; Nr. 14-20/V10529) dargestellten Kriterien zur Beurteilung sexistischer Werbung wird hingewiesen.
11.2	Das beauftragte Unternehmen hat auch dafür Sorge zu tragen, dass diese Pflichten von seinen zur Auftragsausführung eingesetzten Subunternehmen beachtet werden.
<b>12</b>	<b>Weitere Besondere Vertragsbedingungen</b>
	Fortsetzung siehe Beiblatt „12_Weitere Besondere Vertragsbedingungen“.